

schichte der österreichischen Sozialdemokratie beschäftigt hat, beweist ein Absatz auf Seite 25, der die Behauptung enthält, daß die österreichische Sozialdemokratie »schon« 1889 gegründet worden sei. Und nicht zuletzt sei erwähnt, daß Pauley das große Werk des Sozialdemokraten Ferdinand Hanusch als Sozialminister in den ersten Jahren nach dem Weltkrieg für die große Bereitschaft der Bauern verantwortlich macht, in den Heimatschutz einzutreten. Die Bauern hätten nämlich den Achtsturentag und den bezahlten Urlaub als grobe Ungerechtigkeit und als Bevorzugung der weitestgehend sozialdemokratischen Arbeiterschaft empfunden.

Unabhängig von den eben zitierten Mängeln muß man dem Autor des Buches jedoch bescheinigen, daß er ansonsten sehr um »Objektivität« bemüht ist und daß es ihm über weite Passagen seines Werkes auch gelingt, seine persönliche Ansicht, die sicherlich nicht gerade »leidenschaftlich pro-sozialistisch« ist, zurücktreten zu lassen. Dieses Bemühen ist gekoppelt mit einer demokratischen Gesinnung, die, trotz aller Versuche, Verständnis zu zeigen, doch nie Sympathie für die Organisation des Steirischen Heimatschutzes beim Verfasser durchblicken läßt.

Vor allem wegen des Umstands, daß es Pauley möglich war, die »Geschichtsquelle Pfriemer« auszuschöpfen, ist zu sagen, daß dieses Buch, trotz des großen Gewichtes der vorgebrachten Einwände, einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Aufarbeitung der österreichischen Zeitgeschichte leistet, einen Beitrag, der nicht zuletzt deshalb interessant ist, da der Verfasser die österreichische Geschichte aus einem ganz ungewohnten Blickwinkel, »gleichsam exotisch verfremdet«, wie es im Klappentext des Buches heißt, sieht.

Helmut Konrad

Gerhard Botz, Die Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich. Planung und Verwirklichung des politisch-administrativen Anschlusses 1938 – 1940 (= Schriftenreihe des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung 1), Europa Verlag, Wien/Zürich/München 1972, 192 S., brosch., 12 DM.

In Österreich hat sich die Geschichte der Arbeiterbewegung relativ spät erst als selbständige Teildisziplin neben der traditionellen Geschichtsschreibung etabliert. Nun legt das Ludwig-Boltzmann-Institut in Linz eine neue Schriftenreihe vor, die die Erforschung der Arbeiterbewegung in interdisziplinären Fragestellungen und Methoden und im Zusammenhang der Gesamtgeschichte pflegen will, aber auch allgemeineren Problemen der historischen und gesellschaftlichen Entwicklung Raum geben wird. Diese durchaus legitime Konzeption braucht keine kasuistische Rechtfertigung. Im vorliegenden ersten Band jedoch liest sich der Hinweis des Vorworts, der Verfasser demonstriere »auch in diesem Buch« die enge Verflechtung der Geschichte der Arbeiterbewegung mit der gesamten Zeitgeschichte, fast als Aufforderung zur Gedankenakrobatik, es sei denn, man rechne die NSDAP der Arbeiterbewegung zu – und dies werden Herausgeber und Autor mit Recht strikt von sich weisen. Die Qualität dieser ersten Veröffentlichung freilich erleidet durch diese Vorbemerkung keinen Abbruch.

Über Vorgeschichte und Vollzug der Annexion Österreichs durch das Dritte Reich ist viel und gründlich gearbeitet worden, ungleich weniger über Formen und Inhalt des Gleichschaltungs- und Eingliederungsprozesses, der dem »Anschluß«, der Zerschlagung der formalen Souveränität und der militärischen Okkupation folgte. Zwar hatten weder die österreichischen Nationalsozialisten noch die deutschen Stellen präzise und verbindliche Entwürfe vorliegen, doch kann Botz vier klar unterscheidbare, zum Teil auf vernationalsozialistische Planspiele zurückgehende Anschlußmodelle nachweisen, die, für eine Aufeinanderfolge konzipiert, weitgehend den tatsächlichen Integrationsstufen entsprachen: die Vereinigung des halbsouveränen gelassenen Staates mit dem Reich durch

Hitler als gemeinsames Oberhaupt, die Angliederung als »Land« im Sinne des deutschen Staatsrechts und der deutschen Territorialstruktur, die Auflösung der österreichischen Zentralgewalten und die Eingliederung seiner im wesentlichen unveränderten Bundesländer und schließlich die totale Integration durch Bildung neuer, vollkommen ahistorischer Verwaltungseinheiten. Der Verfasser hat dieses Schema nicht überstrapaziert. Er weiß, Wort und Geschehen entsprechen nicht notwendig Plan und Verwirklichung, und »Zielstrebigkeit schließt weder Planung im Detail ein noch Zögern und Unsicherheit während bestimmter Augenblicke aus« (Nolte).

Die Personalunion des Staatsoberhauptes war ein Projekt für Stunden; von Hitler ad hoc ins Auge gefaßt, fiel es, als internationale Komplikationen ausblieben. Staatsrechtlich wurde Österreich also am 13. März 1938 ein Land des Deutschen Reiches, in dem Seyss-Inquart, als »Reichsstatthalter« mit der »Führung der österreichischen Landesregierung« beauftragt, trotz des zentralistischen Effekts der wohl nur versehentlichen Liquidation des österreichischen Föderalismus bald weniger als ein Schattendasein führte. Dagegen etablierte sich sogleich die auf den ersten Blick chaotische, für das nazistische Herrschaftssystem charakteristische, weil die letzte Entscheidungskompetenz Hitlers sichernde administrative Polykratie reichsdeutscher Partei- und Staatsinstanzen. Unter den Anwärtern für die österreichische Satrapie war der saarpfälzische Gauleiter Bürckel, von Hitler wegen seiner Verdienste um die Rückgliederung des Saargebietes zum »kommissarischen Leiter der NSDAP in Österreich« und dann mit umfassenden Vollmachten zum »Reichskommissar für die Wiedervereinigung« bestellt, bald die stärkste Potenz, gegenüber der das Reichsinnenministerium mit seiner »Zentralstelle zur Durchführung der Wiedervereinigung« unter Staatssekretär Stuckart und selbst Göring, als Beauftragter für den Vierjahresplan nur partiell interessiert, zurückstecken mußten. Die Einteilung Österreichs in vier deckungsgleiche Verwaltungseinheiten und Parteigau nach streng rationalistischen Gesichtspunkten, auf die sich die sonst divergierenden Interessenten geeignet hatten, wurde jedoch von Hitler verworfen. Der »Führer«, so ein Befragungsprotokoll, »war eben Österreicher« und eher geneigt, dem dortigen »Länderpatriotismus« nachzugeben (S. 78). Demnach schuf das Ostmarkgesetz, das die Eingliederung zunächst und dann bis zum »Endsieg« festschrieb, im April 1939 sieben »Reichsgaue« von einem Zuschnitt, der sich überhaupt in neuen Reichsgebieten, im »Sudetenland«, später in »Danzig-Westpreußen« oder im »Warthegau«, wiederfindet und als Muster eines reichsunmittelbaren, zwischeninstanzlichen Territoriums für den zentralistischen Einheitsbau des zukünftigen nazistischen Großreiches denken ließ. Die vorliegende Studie, die als Zwischenbericht über den Forschungsstand aufgefaßt sein will, vermutet in einem eingestandenermaßen noch sehr hypothetischen Kapitel eine Kongruenz von sozialen Interessenlagen und staatsrechtlichen Anschlußformen. So scheinen etwa die Tendenzen zur Konservierung föderalistischer Strukturen bei gleichzeitigem Verzicht auf die ehemalige österreichische Einheit, die sich in der tatsächlichen Neuordnung durch das Ostmarkgesetz bestätigt sahen, den stärksten Rückhalt in den traditionell lokalpatriotischen Mittelschichten und in der nach Deutschland orientierten Wirtschaft (Montanindustrie, Holzverarbeitung, Fremdenverkehr) gehabt zu haben. Wenngleich zweifelsfreie Indizien und letzte Beweise dafür noch fehlen, so ist doch angezeigt, welche Aufgaben vor Sozialgeschichte, Verwaltungsgeschichte und österreichischer Landesgeschichte noch liegen. Demgegenüber ist Kritisches wenig anzumerken. Abgesehen von Einzelheiten wie der Beförderung Fricks zum 1938 »noch zweitstärksten Mann des Dritten Reiches« (S. 59) nur dies: Eklektische Versatzstücke spätmarxistischer Faschismusinterpretation von der folgenden Art, die gesteigerte Österreichpolitik des Jahres 1936 korrespondiere mit »einer Stärkung von Macht und Einfluß der kapitalistischen Großunternehmer sowie der Forcierung der deutschen Rüstungspolitik auf der

Grundlage wirtschaftlicher Autarkie und einer Machtverschiebung innerhalb des dominierenden deutschen Industrie-Finanz-Oligopols« (S. 24), wirken so lange weniger überzeugend als ärgerlich, als die erkenntnistheoretischen Chancen der materialistischen Geschichtsbetrachtung nicht durchgängig genutzt und ihre Ergebnisse geprüft, bestätigt oder verworfen sind.

Dieter Rebentisch

Philipp W. Fabry, Die Sowjetunion und das Dritte Reich. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen von 1933 bis 1941. Prolegomena von Ernst Deuerlein, Verlag Seewald, Stuttgart 1971, 485 S., Ln., 45 DM.

»Einige Zeithistoriker« sind Fabry ein Dorn im Auge. Immer wieder polemisiert er gegen ungenannte Exemplare dieser Spezies, »Publizisten zweiten Gliedes«, deren »Überbetonung des Ideologischen« er anprangert – ohne sich jedoch selbst in eine Methodendiskussion einzulassen –, denen er vorwirft, »mit einem Taschenspielertrick außen- und militärpolitische Gesichtspunkte verschwinden« (S. 14) zu lassen. Ursache seines Zorns ist die »törichte Hypothese«, Hitlers spätere Außenpolitik sei schon in »Mein Kampf« grundgelegt oder gar ausgebreitet, dieses Werk aus der Mitte der 20er Jahre sei gewissermaßen der »Fahrplan eines Welteroberers« (S. 37). (Hitler sah nach Fabry »den Gedanken, eine deutsche ›Weltmacht‹ zu errichten, als abwegig« an; S. 35). Für Fabry ist mit den ideologisch geprägten Massenbewegungen des 20. Jahrhunderts, des Faschismus und Bolschewismus, keine neue Problematik entstanden, für ihn vollzieht sich Außenpolitik nach wie vor in den Kabinettschemata des 19. Jahrhunderts. Das Moment der Irrationalität, das der Verblendung, das neben den handfesten ökonomischen Interessen wirkt, wird nur am Rande gestreift; für Fabry ist es selbstverständlich und auch im Falle des Ausbruchs des 2. Weltkriegs bestätigt, daß es »gewisse politische Konstellationen gibt, die von alters her die Gefahr der militärischen Konfrontation in sich tragen« (S. 14), so daß man mehr oder minder zwangsläufig (»früher oder später unvermeidlich«; Klappentext) in diese hineinrutscht. Auch in der letzten Phase der deutsch-sowjetischen Beziehungen geht es für ihn nicht um »Lebensraum«- oder Rassen-Fragen – diese kommen, sozusagen erst durch Umschlagen der Probleme, als Akzidentien nachträglich hinzu (vgl. S. 314) –, sondern »um Erdöl und Nickel, um Bündnisse, Sicherheitszonen und Aufmarschräume« (S. 14), als ob nicht alle diese Faktoren nur – allerdings höchst wichtige – Mittel zu Hitlers Endzielen gewesen wären. Fabry sieht in erster Linie außenpolitische Mechanismen und militärisch-strategische Notwendigkeiten am Werke, ohne den letzten, entscheidenden Impuls nachzugehen. Außenpolitisch sich auswirkende »Ideologie« scheint er nur bei Stalin zu sehen, der, wie oft betont wird, »von Anfang an« seine Expansionsziele verfolgt habe, während Hitler vorwiegend auf außenpolitische und militärische Situationen re-agierte habe (»in der kommunistischen Ideologie steckte viel mehr außenpolitische Brisanz als in der des Dritten Reiches [?]. Denn die Weltrevolution tangierte eben doch den Bündnispartner, während die vorwiegend auf nationale Belange [?] ausgerichtete pseudofaschistische [?] Ideologie des Nationalsozialismus auf die Unterminierung des Sowjetsystems durchaus verzichten konnte [?].« S. 164). Fabry neigt stark dazu, die eigentliche Initialzündung, die Aggressionspolitik Hitlers, zu vergessen, und legt das Hauptgewicht seiner Argumentation auf die durch diese zumindest mitverursachte und ermöglichte Aggressionspolitik Stalins im Baltikum und auf dem Balkan, so daß schließlich Hitler nur noch als Stalins »Rammbock [gesehen wird], um die scheinbar stärkste Bastion des Kapitalismus, England, zu zerschmettern«. So wird Hitler schließlich zum »Handlanger Stalins«, zum »betrogenen Betrüger« (S. 291). Im Klappentext (und ähnlich an einigen anderen Stellen) heißt es zwar: »Zwei Diktatoren trieben eine skrupellose Machtpolitik; sie waren einander wert, Brüder mit